

INTERVIEW MIT LÜDER GERKEN



Centrum für
Europäische
Politik

„Weniger Regulierung, stärkere Zusammenarbeit, mehr Marktdynamik“

Sieben Fragen zur EU-Politik an Lüder Gerken,
Direktor des Centrums für Europäische Politik und Vorsitzender des
Vorstands der Stiftung Ordnungspolitik

Kaiser-Joseph-Str. 266

D-79098 Freiburg i.Br.

Telefon: +49 761 38693-100

Telefax: +49 761 38693-111

Herr Dr. Gerken, Sie engagieren sich seit inzwischen fünfzehn Jahren in verschiedenen Institutionen für die Weiterentwicklung ordnungspolitischen Leitlinien und ihrer zeitgerechten Umsetzung in Wirtschaftspolitik: u.a. waren Sie Direktor des Walter Eucken Instituts, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin, und seit 1999 Vorstand der Friedrich-August-von Hayek-Stiftung und der Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik in Freiburg. In diesem Jahr haben Sie das Centrum für Europäische Politik ins Leben gerufen. Was möchten Sie mit Ihrem neuen Centrum erreichen?

Lüder Gerken: Beispiele wie die Gleichbehandlungsrichtlinie oder die Verordnung zur Unternehmensstatistik und zum Roaming zeigen deutlich, wie wichtig es ist, die europäischen Politikvorhaben bereits in ihren Anfängen durch kontinuierliche Beobachtung und kompetente Analysen zu begleiten, um vorhandene Handlungsspielräume auszuschöpfen. Das Centrum für Europäische Politik trägt als Frühwarnsystem mit seinen Stellungnahmen und der Formulierung von Handlungsalternativen dazu bei, den öffentlichen Diskurs zur EU-Politik anzuregen und eine entsprechende Einflußnahme durch die deutsche Politik zu fördern.

Wo sehen Sie die größten Schwächen der EU-Politik im Hinblick auf das Gesetzgebungsverfahren?

Lüder Gerken: Eine Schwierigkeit liegt sicherlich darin, dass in der EU die Trennung zwischen Legislative und Exekutive nicht konsequent umgesetzt ist. Das letzte Wort bei der Verabschiedung europäischer Gesetze hat der Ministerrat als legislatives Organ. Dieser besteht jedoch nicht wie ein Parlament aus vom Volk gewählten Abgeordneten, sondern aus Vertretern der Exekutive, nämlich den Fachministern der Mitgliedstaaten. Das führt dazu, dass nationale Ministerien Gesetze einbringen und verabschieden können, ohne dass der

Bundestag auf diesen Prozess einen unmittelbaren Einfluss hat. Dieses „Spiel über Bande“ muss aus Sicht des CEP dringend beendet werden. Die beschlossene „Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union“ kann dabei helfen. Ich befürchte allerdings, dass diese allein angesichts der Datenflut aus Brüssel nicht ausreicht.“

Wie schätzen Sie die Regulierungen und bürokratische Eingriffe durch die EU ein?

Lüder Gerken: Im Hinblick auf den Binnenmarkt und den Wettbewerb hat die EU große Erfolge erzielt, beispielsweise durch die Beseitigung staatlich geschützter Monopole, den Abbau von Handelsschranken und die Deregulierung nationaler Vorschriften. Dieser Weg sollte auch künftig konsequent weiter beschritten werden. Leider stockt der Motor im Augenblick ziemlich. Wir sehen unsere Aktivitäten dabei als Beitrag, die Öffnung der Märkte weiter voran zu treiben, eine Überregulierung in der EU zu verhindern und die politische Kontrolle der EU-Gremien durch die Mitgliedstaaten zu stärken.

Wie lässt sich diese EU-weite Deregulierung realisieren?

Lüder Gerken: Indem die marktwirtschaftliche Option gestärkt wird. In den letzten Jahren haben sich beschäftigungsfeindliche EU-Regulierungen in der Arbeitsmarktpolitik, in der Sozialpolitik sowie in der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik gehäuft. Das CEP setzt sich für eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ein, da ein Abbau bürokratischer Interventionen die wirtschaftliche Dynamik fördert.

Was kann und sollte die nationale Politik unternehmen, um ihre Handlungsmöglichkeiten innerhalb der EU auszuschöpfen?

Lüder Gerken: Die EU-Politik muss insgesamt mehr Beachtung finden. Die Unkenntnis

INTERVIEW MIT LÜDER GERKEN



Centrum für
Europäische
Politik

deutscher Politiker in Bund wie in den Ländern über aktuelle Vorhaben der EU ist erschreckend. Das CEP betrachtet es deshalb auch als seine Aufgabe, systematisch und unabhängig von Gruppeninteressen über aktuelle Politikvorhaben zu informieren und so die Einflussnahme durch die nationalen Organe zu stärken.

Welche Möglichkeiten sehen Sie für Unternehmen, der marktwirtschaftlichen Perspektive auf EU-Ebene mehr Geltung zu verleihen?

Lüder Gerken: Nicht nur die Unternehmen sind von europäischer Politik betroffen, sondern alle Bevölkerungsgruppen. Wir alle haben großen Nachholbedarf bei der konstruktiven Begleitung dessen, was in Brüssel geplant und beschlossen wird. Wichtig ist zunächst einmal, dass man sich für die EU-Politik interessiert und sich über sie informiert. Das ist ohne großen Aufwand möglich, sei es über die Webseite des CEP oder über andere Medien.

Wenn man dann dieses oder jenes Vorhaben der EU nicht für richtig hält, sollte man dies auch kundtun, sowohl gegenüber dem eigenen Abgeordneten im Europäischen Parlament als auch gegenüber dem eigenen Bundestagsabgeordneten. Denn auch der Bundestag muss viel stärker in die EU-Politik einbezogen werden, und sehr oft muss man auch die Bundestagsabgeordneten noch zum Jagen tragen.

Welche Positionierung streben Sie mittel- und langfristig für das Centrum für Europäische Politik an?

Lüder Gerken: Das CEP setzt sich für einen einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum durch die Vollendung des Binnenmarktes und für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der EU ein. Dabei sehen wir uns als wissenschaftliches Kompetenz- und Informationszentrum, das durch die Entwicklung sachgerechter, marktwirtschaftlicher Konzepte diese Ziele unterstützt.

Dr. habil. Lüder Gerken ist Direktor des Centrums für Europäische Politik, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Ordnungspolitik und Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören nationale und internationale Ordnungspolitik, Europäische Integration und Wettbewerb der Staaten.

Ansprechpartner für die Medien

Ilka Bickmann

Tel.: +49 761 38693-221

Fax: +49 761 38693-111

bickmann@cep.eu